Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 2 | Ausgegeben am 9. April 1915 | 33. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zwei Schriften zum Umlernen.

Von K. Kautsky.

1. Das Umlernen.

Es gibt keinen Krieg, der uns nicht zwänge, umzulernen. Wir haben unsere Kämpfe nicht in den Wolken zu führen, sondern auf der Erde. Es kann aber in der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren rastlosen Wandlungen keinen Krieg geben, der nicht den Boden veränderte, auf dem wir zu wirken haben. Andererseits bedeutet ein Krieg unter solchen Umständen die gewaltsame Unterbrechung alles Traditionellen, Ueberkommenen. Manches, das im allgemeinen Bewußtsein als schwach galt, erweist sich plötzlich als stark und umgekehrt.

Wen von uns hat z. B. nicht die Widerstandskraft der russischen Armee überrascht! Ihre diesmalige Praxis wirft alle Anschauungen über den Haufen, die wir uns von ihr auf Grund der Erfahrungen nicht bloß des russisch-japanischen Krieges, sondern aller Kriege gebildet, die Rußland bisher auszukämpfen hatte. Diese Wandlung der Armee wäre jedoch unmöglich gewesen ohne gleichzeitige Wandlungen des ganzen gesellschaftlichen Lebens. Sie bezeugen deutlich, daß die Revolution von 1905 trotz ihres anscheinenden Mißerfolgs weit tiefere Wirkungen geübt hat, als die Revolutionäre selbst ahnten.

In unseren Anschauungen über Rußland werden wir also zum Beispiel sehr viel umzulernen haben. Ebenso ist es sehr wohl möglich, daß unsere inneren Verhältnisse nach dem Kriege nicht die gleichen sein werden wie vor ihm. Daß neue Aufgaben der inneren wie der äußeren Politik für uns erstehen werden, vielleicht auch neue Machtmittel uns für deren Lösung zugänglich — oder alte ausgeschaltet werden.

Es ist also gar nicht daran zu zweifeln, daß wir in manchem umzulernen haben werden. Und wenn einige Genossen glauben, sie müßten jetzt schon damit anfangen, so läßt sich auch dagegen nichts einwenden. Nur vor ungestümer Voreiligkeit muß man warnen, die jetzt schon zu bestimmten Ergebnissen kommen will, wo noch alles im Flusse ist. Erst nach dem Kriege werden wir die Ruhe und das vollständige Tatsachenmaterial haben, die erforderlich sind, uns erkennen zu lassen, worin und inwieweit wir umzulernen haben.

Dabei darf man jedoch nicht glauben, wir hätten nun alles zum alten Eisen zu werfen, was wir bisher gewußt. Unsere Theorien und Grundsätze sind das Ergebnis der Erfahrungen nicht eines Jahrzehnts, sondern vieler Jahrhunderte. Nicht eines Landes, sondern der verschiedensten Staaten der Welt. Die Erfahrungen des jetzigen Krieges können jenes Ergebnis in dem einen oder dem anderen Punkt ergänzen oder modifizieren. In allen grundlegenden Punkten werden unsere bisherigen Auffassungen durch ihn nur bekräftigt.

Nach jedem Kriege untersuchten Marx und Engels die neue Situation, die er geschaffen, um den veränderten praktischen Boden zu erkennen, auf dem sie von nun an zu wirken hatten. Aber nur darin bot ihnen ein Krieg Veranlassung umzulernen.

Ein Teil unserer Genossen versteht jedoch etwas ganz anderes unter dem „Umlernen" infolge des Krieges. Dieser hat ganz neue Stimmungen in ihnen ausgelöst, die unvereinbar sind mit jenen, unter deren Einfluß sie vor dem Kriege wirkten. Nun suchen sie nach rechtfertigenden Gründen für diese Umwandlung. Damit können sie nicht warten bis nach dem Kriege, nichts ist dringender für sie, als sofort vor den Genossen und vor sich selbst den Umschwung zu rechtfertigen.

Eine willkommene Hilfe glauben sie da in zwei Schriften zu finden, die in den letzten Wochen erschienen sind, von denen jedoch wenigstens die eine nur Grundsätze entwickelt, die der Verfasser schon vor dem Kriege hegte. Trotzdem wird sie von jenen Umlernern in ihrem Sinne gedeutet. Es ist die Schrift des Genossen Cunow. Die andere, die hier in Betracht kommt, ist die des Genossen Lensch.[1]

Mit Begeisterung begrüßt Max Grunwald die Cunowsche Broschüre im „Hamburger Echo" und preist Cunow:

„Er gehört von jeher zu den guten und radikalen Marxisten, die die Illusionen und Ideologien des früheren Revisionismus genau so scharf und unbarmherzig bekämpft haben, wie sie jetzt die parteigenössischen Starrköpfe bekämpfen, die sich von ihren alten Illusionen, Hoffnungen und Wünschen nicht trennen können, weil sie die katastrophalen Eingriffe der Gegenwart nicht als historisch notwendig begreifen und danach ihre Politik richten."

Ein merkwürdiger Zufall will, daß am gleichen Tage (dem 27. März) Konrad Haenisch in der „Dortmunder Arbeiterzeitung" und Heinrich Schulz in der „Dresdner Volkszeitung" die gleiche Schrift in gleichem Sinne besprachen. Haenisch bringt sie direkt in Verbindung mit der Lenschschen Broschüre:

„Auch Cunows neueste Arbeit ist ganz vom Geiste der marxistischen Methode beherrscht. Sie gleicht darin durchaus der Schrift von Paul Lensch, „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg", zu der sie eine sehr glückliche und notwendige Ergänzung bildet."

Ob Cunow dieser Gleichstellung beipflichten wird, weiß ich nicht. Eine Schrift Cunows ist natürlich immer beachtenswert. Wegen der Art, wie sie von unseren Umlernern für sich ausgenützt wird, scheint es mir angezeigt, mit ihrer Besprechung die der Lenschschen Broschüre zu verbinden, die bei uns bisher nur in bezug auf einen besonderen Punkt erörtert wurde.[2]

2. Lensch.

Lensch geht aus von einer Kritik des bisherigen Verhaltens der deutschen Sozialdemokratie:

„Keine Sozialdemokratie eines Landes hat die Regierung so unerbittlich, so schonungslos öffentlich angeklagt, hat die Mißstände in Heer und Verwaltung, in

[1] Dr. Paul Lensch, Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 64 Seiten.

Heinrich Cunow, Partei-Zusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 38 Seiten.

[2] Gustav Eckstein, Englands Siegespreis. („Neue Zeit", XXXIII, 1, Seite 705 ff.)

der gesamten inneren Politik so offen dargelegt, wie die deutsche Sozialdemokratie. . . . Im Ausland, besonders in England, traten die Arbeitervertreter im Parlament bei weitem nicht so entschieden auf." (Seite 6.)

Damit habe sich die deutsche Sozialdemokratie wohl „außerordentliche Verdienste um die Erweckung des Klassenbewußtseins im deutschen Proletariat erworben", aber „die deutsche Arbeiterklasse gewöhnte sich daran, in der Regierung ihres Landes den eigentlichen Feind zu erblicken, der, wie er in der inneren Politik unrecht hatte, ohne Zweifel auch in der äußeren Politik unrecht haben müsse". — So kam es häufig genug zu einer „unkritischen Vergoldung ausländischer Verhältnisse", die die deutschen Arbeiter auf gefährliche Abwege führte. Nachdem Lensch zur Illustrierung dieser Gefahr ein Beispiel vorgeführt, fährt er fort:

„Dieses eine, aber drastische Beispiel zeigt, wohin es führt, wenn man den Ansprüchen und der Politik ausländischer Bourgeoisien irgendwie weniger kritisch gegenübersteht als der Regierung und der Politik des eigenen Landes."

Diese Vorwürfe sind nicht neu, nur waren es früher nicht Parteigenossen, die sie gegen uns erhoben. Wir haben sie stets als unwahr zurückgewiesen. Vor allem haben wir gezeigt, daß sich die Gegnerschaft der deutschen Sozialdemokratie gegen die eigene Regierung in nichts von der Haltung der ausländischen Bruderparteien unterscheidet. Es ist einfach nicht wahr, daß wir rücksichtslosere Opposition trieben als irgendeine andere sozialistische Partei. Ebenso oft wie man uns die „patriotischen" Sozialisten Frankreichs als Muster vorhielt, hat man diesen unsern „Patriotismus" als Muster vorgehalten.

Lensch ist auch vorsichtig genug, nicht von den Sozialdemokraten, sondern von den „Arbeitervertretern" besonders Englands zu reden.

Will aber Lensch weiter behaupten, unsere Partei habe sich bei ihrer Kritik unserer Regierung nicht von sachlichen Gründen, sondern von einer Gewohnheit der Opposition um jeden Preis sowie von „unkritischer Vergoldung" des Auslandes leiten lassen? Will er das nicht behaupten, dann sind seine Ausführungen nichts als eine leere Verdächtigung unserer und seiner eigenen Vergangenheit. Will er das behaupten, dann möge er es beweisen.

Aber freilich, er bringt ja einen Beweis, nur ein Beispiel, aber „ein drastisches". Er sagt:

So wurde beispielsweise die Weltherrschaft der englischen Bourgeoisie, die bekanntlich auf der englischen Seeherrschaft beruht, von deutschen Sozialdemokraten als „unentbehrlich" für England hingestellt.

„Was für Frankreich und Deutschland", so schrieb noch in der Zeit des Burenkrieges Karl Kautsky, „höchst überflüssig, wenn sie nicht überseeische Eroberungspolitik treiben wollen, ist für England unentbehrlich. Denn seine insulare Lage, die ehedem sein bester Schutz war, so lange es seine Lebensmittel und Rohmaterialien selbst erzeugte, droht ihm verhängnisvoll zu werden, seitdem jede erhebliche Beschränkung seines Seeverkehrs es mit Hungersnot bedroht. Deutschland ist in dieser Beziehung weit günstiger daran als England. Sein Bedarf an Lebensmitteln ist viel geringer als der Englands, und es stehen ihm zur Vermittlung seines überseeischen Verkehrs die neutralen Häfen Belgiens und Hollands zur Verfügung. Es kann aber auch seinen ganzen Bedarf an Lebensmitteln aus Rußland und Oesterreich auf dem Landwege beziehen. Deutschland müßte gleichzeitig im Kriege mit England und allen seinen Nachbarn sein, sollte seine Lebensmittelzufuhr

ernstlich bedroht sein. Eine derartige Voraussetzung ist aber ein Unding. England ist dagegen auf kolossale Lebensmittelzufuhren angewiesen, die nur zur See stattfinden können. Es müßte daher schon im Interesse seiner Selbsterhaltung darauf bedacht sein, eine jedem Gegner gewachsene Flotte aufzuweisen, selbst wenn es kein Kolonialreich zu schützen hätte."

Das Gefährliche dieser Beweisführung, die übrigens einer in der Partei fast allgemein geltenden Anschauungen entsprach, ist in den heutigen Tagen des Weltkrieges offen zutage getreten. England schnürt trotz aller „neutralen" Häfen Deutschland vollkommen vom Seeverkehr ab, indem es die „neutralen" Häfen selber vom Seeverkehr abschließt, und da Deutschland heute ebenfalls „auf kolossale Lebensmittelzufuhren angewiesen ist, die nur zur See stattfinden können", so wäre die Konsequenz obiger Argumentation handgreiflich und unentrinnbar.

Dies das einzige, aber dafür „drastische" Beispiel dafür, daß unsere Partei den Ansprüchen des Auslandes weniger kritisch gegenüberstand als denen der eigenen Regierung!

Angenommen, meine ganze Argumentation sei verkehrt und „gefährlich", wo steckt auch nur der Schatten eines Beweises dafür, daß sie der Kritiklosigkeit gegenüber den Ansprüchen des Auslandes, in diesem Falle Englands, entspringt? Sie wurde geschrieben zur Zeit des Transvaalkrieges. Wenn Lensch die damaligen Hefte der „Neuen Zeit" durchblättert, wird er finden, daß ich die englische Regierung und den englischen Imperialismus zur gleichen Zeit aufs schärfste kritisierte, in der ich die obigen Zeilen geschrieben haben soll. Es ist also einfach wieder eine Unwahrheit, daß meine Auffassung aus mangelnder Kritik gegenüber den englischen Ansprüchen entsprang.

Das gälte, selbst wenn meine Auseinandersetzung durch und durch falsch wäre. Das ist sie mit nichten. Ich halte sie in allen wesentlichen Punkten heute noch aufrecht.

Nach moderner schlechter Gewohnheit zitiert Lensch, ohne den Ort anzugeben, dem er das Zitat entnimmt. Wer zitiert, soll aber stets die Möglichkeit geben, nicht nur das Zitat selbst nachzuprüfen, sondern auch den Zusammenhang, in dem es steht und der allein es vollständig verständlich macht. Lenschs saloppe Zitiererei hinderte mich daran, das Zitat mit dem Original zu vergleichen. Ich habe eine Reihe meiner Artikel aus der Zeit des Transvaalkrieges durchgesehen, aber den Passus nirgends gefunden. Indes entspricht er einem Gedankengang, den ich damals entwickelte und auch heute noch hege, deshalb will ich auf die Vergleichung mit dem Original keinen Wert legen.

Den gleichen Gedankengang sprach ich aus in einer Polemik gegen Schippel, der damals gegenüber der Flottenvorlage denselben Standpunkt vertrat, zu dem sich jetzt Lensch bekennt.

Ich bemerkte dort:

„Durch Englands insulare Lage ist sein Außenhandel ganz auf den Seeweg angewiesen, es steht ihm kein Landweg offen, wie allen anderen Mächten, und Deutschland insbesondere, durch den es im Falle der Not den Seeweg ersetzen könnte. Gleichzeitig ist aber kein Staat so sehr auf äußere Zufuhren angewiesen wie England. Nicht nur den größten Teil seiner Rohstoffe, sondern auch seine Lebensmittel bezieht es über See. Von seinem Bedarf an Brotfrüchten kann es nur ein Viertel durch seinen eigenen Getreidebau decken, drei Vierteile muß es von auswärts, auf dem Seeweg, kommen lassen. Gelänge es in einem Seekrieg dem Feind, die englischen Flotten von der See zu vertreiben, so könnte er England durch

Aushungerung zu bedingungsloser Uebergabe zwingen. Es gliche einer belagerten Festung, die auf keinen Entsatz zu hoffen hat.[3]

Was hat sich daran geändert, was ist daran unrichtig geworden?

Offenbar hat Lensch gar nicht die Ausführungen im Auge, die ich über England, sondern jene, die ich über Deutschland mache. Selbst wenn diese falsch wären, wie könnten sie „kritikloser Vergoldung" des Auslands entspringen?

Aber sie sind gar nicht falsch. Höchst kritiklos, und zwar Deutschland gegenüber, ist vielmehr seine Behauptung, „Deutschland sei heute ebenfalls auf kolossale Lebensmittelzufuhren angewiesen, die nur zur See stattfinden können".

Niemand wird behaupten wollen, Deutschland beziehe drei Viertel seiner Lebensmittel aus dem Auslande. Unser Lebensmitteldefizit ist vielmehr so gering, daß Deutschland bei gehöriger Sparsamkeit auch ohne Einfuhr aus dem Auslande durchzuhalten vermag, was bei England völlig ausgeschlossen ist. Was soll man aber erst zu der Behauptung sagen, daß Deutschland ebenso wie England seine Lebensmittel „nur zur See" beziehen könne!

Allerdings sind heute unsere Zufuhren zu Land vielfach abgeschnitten, aber das ist doch nicht, wie in England, die Folge der natürlichen Lage des Reichs, sondern einer besonderen Koalition. Auch diese faßte ich in dem zitierten Artikel ins Auge:

„Das Deutsche Reich ist eingekeilt zwischen sieben anderen Staaten . . . Das ist sicher ein Nachteil, aber dieser muß zum Vorteil werden im Seekrieg — es wäre denn, man wollte annehmen, Deutschland würde von einer Koalition Englands mit Frankreich und Rußland bedroht. Gegen eine solche Koalition würde aber auch die stärkste Flotte nicht helfen." (A. a. O. Seite 805.)

Einer derartigen Koalition vorzubeugen, führte ich weiter aus, sei die wichtigste Aufgabe für die deutsche Staatskunst.

Das sind die Auffassungen, die Lensch als einziges, aber drastisches Beispiel dafür anführt, wie kritiklos unsere Partei bisher dem Auslande gegenüber war, zuungunsten des eigenen Landes.

In Wirklichkeit ein drastisches Beispiel dafür, wie leicht sich's Lensch macht, die schwersten Vorwürfe gegen die eigene Partei zu erheben. Denn er wendet sich gegen mich nur als Vertreter „einer in der Partei fast allgemein geltenden Anschauung".

Aber freilich, diesem Vorwurf gegen die Partei setzt er an anderer Stelle ihre ungemessene Hochschätzung entgegen. Er stellt die deutsche Sozialdemokratie hoch über jede andere sozialistische Partei. Sie hat in seinen Augen nur einen Fehler, daß sie zu gut vom Auslande denkt. Er ist der Ansicht, daß sich das deutsche Proletariat in einer Weise vor den Proletariern der übrigen Länder auszeichnet, daß es mit ganz anderem Maßstab wie sie zu messen ist, ja daß den deutschen Proletariern gerade das Gegenteil dessen gut tut, was die der anderen Länder brauchen. Auf dieser Grundlage soll offenbar die neue Internationale aufgebaut sein — falls Lensch es nicht unter der Würde des deutschen Proletariats findet, sich an einer solchen zu beteiligen.

Eine Niederlage Deutschlands, sagt er, hieße „erneute Verfeindung zwischen Frankreich und Deutschland", sie wäre das sicherste Mittel, „das,

[3] Neue Zeit, XVIII, 1, Seite 808.

was die englische Bourgeoisie den deutschen Militarismus nennt, zu verewigen". (Seite 58.)

Unterliegt dagegen Frankreich, „so ist es mit der Revancheidee aus . . ., das furchtbare Wettrüsten wäre zu Ende", Frankreich ginge zu einer „auf Grundlage der allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden demokratischen Volkswehr" über. „Sie ist nur möglich unter der Voraussetzung großzügiger Sozialpolitik" usw. (Seite 42, 43.)

In Deutschland verewigt also die Niederlage den Militarismus, in Frankreich tötet sie ihn!

Wie für die Franzosen ist auch für die Engländer das Gegenteil dessen gut, was für die Deutschen gut ist.

Die Niederlage Deutschlands müßte die „wirtschaftliche Abwürgung des Reiches" bedeuten, die „zuerst die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vernichtend treffen würde. Furchtbarster Lohndruck, elende Arbeitsbedingungen, Entbehrung am Notwendigsten: das wäre auf Jahrzehnte das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit!" (Seite 26.)

Die deutsche Sozialdemokratie sei aber der Vorkämpfer des internationalen Sozialismus. „Eine Niederlage Deutschlands, seine dann unausbleibliche Zerstückelung und wirtschaftliche Erdrosselung wäre die furchtbarste Katastrophe, die den gesamten internationalen Sozialismus treffen könnte." (Seite 26.)

Ganz anders müßte eine Niederlage Englands wirken. Ihre Folge wäre:

„Stürmische Entwickelung der Sozialdemokratie auch in den angelsächsischen Gebieten und damit allgemeiner Aufstieg der Arbeiterklasse." (Seite 58.)

„Erst dann würden sich die Herzen und Köpfe des englischen Proletariats der geistigen Schulung des sozialistischen Gedankens öffnen und mit dem Sturz des englischen Monopols würde es auch in England wieder Sozialismus geben." (Seite 27.)

„In diesem Weltkriege, wo die Parole lautet: Entweder Sieg des deutschen oder des englischen Kapitalismus, stehen die Interessen des internationalen Proletariats auf der deutschen Seite". (Seite 27), das heißt der deutsche Kapitalismus verficht die Interessen des internationalen Proletariats.

In dieser erstaunlichen Darstellung fehlt nur eine Kleinigkeit: der Nachweis, warum die Niederlage auf das englische Proletariat revolutionierend, auf das deutsche niederdrückend wirken müsse, warum die englischen Arbeiter das Gegenteil dessen brauchen, was den deutschen vonnöten. Will Lensch etwa sagen, daß die Niederlage nur für Deutschland „wirtschaftliche Abwürgung" bedeute, „furchtbarsten Lohndruck" usw.? Will er sagen, daß eine Niederlage diese Folgen nicht notwendigerweise nach sich ziehen muß, oder aber, daß den englischen Arbeitern Stockprügel auf den Magen sehr heilsam seien, indes sie die deutsche Arbeiterbewegung töten müßten?

Darüber spricht sich Lensch nicht klar aus, aber er meint offenbar letzteres. Nur drückt er es in der Weise aus, daß er nicht die Folgen einer Niederlage Deutschlands für dessen Arbeiter mit denen einer Niederlage Englands vergleicht, sondern mit denen eines englischen Sieges. Ein solcher Sieg, erwartet Lensch, müßte nicht nur das englische Kapital, sondern auch die englischen Arbeiter zu üppig machen, diese dem internationalen Sozialismus entfremden.

Seine eigenartige Vergleichung von Sieg hier mit Niederlage dort genügt indes noch nicht, das von ihm gewünschte Resultat zu produzieren. Dazu gehört noch eine besondere Verwechselung.

Engels schrieb vor dreißig Jahren einen Artikel, in dem er zeigte, daß das Fehlen einer starken sozialistischen Bewegung in England seit 1848 auf das Monopol, das heißt auf die Ueberlegenheit der englischen Industrie über die Industrien aller anderen Staaten zurückzuführen sei:

„Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. . . . Und das ist der Grund, warum seit dem Aussterben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat. Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. . . . Und das ist der Grund, warum es in England wieder Sozialismus geben wird."[4]

Dieses Industriemonopol setzt Lensch ohne weiteres gleich dem, was er die englische Weltherrschaft nennt, die, wie er sagt, „bekanntlich auf der englischen Seeherrschaft beruht". (Seite 7.) — Dank seiner Verwechselung macht er mich an jener Stelle zum Verfechter der Ansprüche der englischen Bourgeoisie auf „Weltherrschaft".

Die Verwechselung von Flottenüberlegenheit mit Industriemonopol ist heute eine weit verbreitete Auffassung. Aber wir Marxisten haben nicht die Aufgabe, vulgäre Irrtümer zu bekräftigen und auszubeuten, sondern die, sie zu zerstören.

Das Monopol ihrer Industrie haben die Engländer längst verloren. Wie wenig es mit ihrer Ueberlegenheit zur See zusammenhing, erhellt daraus, daß England jenes Monopol verlor mitten im Frieden, ohne die geringste Schwächung seiner Ueberlegenheit zur See. Und gerade deshalb, weil das Monopol im Frieden sein Ende fand durch das Wirken der kapitalistischen Konkurrenz, wurden die Köpfe der englischen Arbeiter wieder dem Sozialismus zugänglich. Die drohende Verelendung, die sie jetzt zu bekämpfen hatten, erschien ihnen als ein Werk der kapitalistischen Produktionsweise. Hätte ihr Industriemonopol auf der Stärke ihrer Flotte beruht, dann hätte sein Rückgang sie nicht in Sozialisten, sondern in chauvinistische Flottenschwärmer verwandelt, und wäre gar der Verlust ihrer relativ günstigen sozialen Lage das Resultat eines Krieges gewesen, an dem sich die deutschen Sozialdemokraten als lebhafte Triebkraft eigens zu dem Zweck beteiligten, die Position des englischen Proletariats zu verschlechtern, dann hätte sich das als das wirksamste Mittel erwiesen, die Arbeiter Englands nicht dem Sozialismus zuzuführen, sondern mit grimmigstem Haß gegen die deutschen Sozialisten und ihre Lehre zu erfüllen.

Es ist ein wahres Glück für den internationalen und den englischen Sozialismus, daß die Lenschsche Auffassung jeder realen Grundlage entbehrt, daß das Industriemonopol Englands schon lange vor dem Kriege verschwunden ist, und zwar auf friedlichem Wege, und daß keine Flotte der Welt es England wieder bringen könnte. So rasch und gründlich war jenes Monopol zusammengebrochen, daß wenige Jahre nach dem Engelsschen Artikel eine geräuschvolle Agitation zur Rettung der englischen Industrie vor der Konkurrenz des Auslandes einsetzte. Aber auch da sollte

[4] England 1845 und 1885. (Neue Zeit, III, Seite 245.)

nicht die überlegene Flotte helfen, sondern Zölle und das freundschaftliche Entgegenkommen jener Kolonien, die tatsächlich autonome Bundesstaaten waren.

Nichts irriger, als zu glauben, der jetzige Krieg gelte der Erhaltung des englischen Industriemonopols. Der jetzige Krieg dreht sich, soweit er England gilt, um das Wettrüsten, um die Ueberlegenheit der englischen Flotte. Auch wenn es England gelänge, diese Ueberlegenheit zu behaupten, würde damit Deutschlands Industrie im Frieden der Mittel ihres bisherigen Gedeihens nicht beraubt. Aber selbst, wenn dies der Fall wäre, könnte England nicht erwarten, sein Industriemonopol, das es verloren, wieder zu gewinnen. Denn Deutschland ist nicht sein einziger Konkurrent. Die Industrien Rußlands, Frankreichs, Belgiens, Amerikas kommen daneben sehr erheblich in Betracht. Es ist sehr wahrscheinlich — eine Möglichkeit, die Lensch nicht einmal andeutet —, daß, je länger der Krieg dauert, um so mehr Englands wie Deutschlands Industrie ins Hintertreffen gerät gegenüber der amerikanischen.

Solange Englands Industriemonopol dauerte, stand es im Gegensatz zu allen Nationen, die eine eigene kapitalistische Industrie aufzubauen versuchten. Es war die Zeit seiner Isolierung. Mit seinem Monopol hat auch seine Isolierung ein Ende genommen. Seitdem hat aber auch seine Arbeiterklasse aufgehört, eine Ausnahmestellung einzunehmen. Engels' Prophezeiung ist in Erfüllung gegangen. Seitdem gilt für die englische Arbeiterklasse genau dasselbe, was für die deutsche gilt.

Und nur auf dieser Grundlage ist ein internationales Zusammenwirken möglich, daß wir für die anderen dasselbe für richtig und ersprießlich halten, was auch für uns richtig und ersprießlich ist. Die Lenschsche Auffassung, daß die Interessen des internationalen Proletariats mit denen des deutschen Kapitalismus zusammenfallen, könnte, wenn sie zur Auffassung der gesamten deutschen Partei würde, auf die Internationale nur die eine Wirkung haben: das deutsche Proletariat vor ihr lächerlich zu machen.

Nicht minder erstaunlich wie diese Gedankengänge sind manche Einzelheiten ihrer Begründung. Lensch steht nicht an, Tatsachen, die er braucht, zu erfinden. So schreibt er zum Beispiel auf Seite 14:

„Gleichzeitig (1913) wandte sich Rußland an Frankreich mit dem Verlangen nach einer neuen Riesenanleihe von 2½ Milliarden und nach Einführung der dreijährigen Dienstzeit in der Republik. Dieses letzte kann man natürlich nur vermuten, aber bei der Abhängigkeit Frankreichs von seinem Schuldner ist diese Vermutung wohl begründet. Der Gegenschlag der deutschen Regierung war die Militärvorlage von 1913, die den Friedensstand der Armee um rund 130 000 Köpfe vermehrte, und der Wehrbeitrag."

Also Lensch hält es für „natürlich", etwas als Tatsache hinzustellen, wofür er nicht das mindeste Indizium anzugeben vermag. Denn die Abhängigkeit Frankreichs von Rußland würde höchstens dafür sprechen, daß Frankreich einem Wunsche Rußlands folgte, beweist aber doch nicht, daß Rußland den Wunsch aussprach. Direkt falsch ist die Behauptung, die deutsche Militärvorlage von 1913 sei der Gegenschlag auf die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich gewesen.

Die deutsche Militärvorlage wurde von der Berliner „Post" schon am 8. Januar 1913 angekündigt, zu einer Zeit, wo noch niemand in Frankreich

an die dreijährige Dienstzeit dachte. Erst infolge der angekündigten Vermehrung der deutschen Armee tauchte in Frankreich der Gedanke der dreijährigen Dienstzeit auf. Unser „Internationales Jahrbuch" berichtet darüber im Abschnitt Frankreich:

„17. Februar. Die bevorstehende Verstärkung der deutschen Armee beschäftigt die französische Presse in lebhafter Weise. . . . Die Zeitungen verlangen von der Regierung, daß sie angesichts des deutschen Aufwandes Vorsichtsmaßregeln ergreife. Die reaktionären Blätter fordern die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit."

„19. Februar. Der „Temps" hat den früheren Kriegsminister Millerand um seine Meinung über die Lage befragt. Millerand . . . bestreitet nicht, daß die neue deutsche Militärvorlage Frankreich verpflichtet, so schnell wie möglich zu seiner Sicherstellung ebenfalls Maßregeln zu ergreifen, aber er geht jeder bestimmten Antwort in bezug auf das, was geschehen soll, aus dem Wege."

Dagegen schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 1. März:

„Der Entschluß, unsere Wehrkraft erneut zu verstärken, ist, wie an dieser Stelle bereits Mitte Dezember (1912) angedeutet wurde, alsbald nach dem Umschwung der Verhältnisse im Südosten Europas gefaßt worden."

Und als dann am 28. März die deutsche Militärvorlage das Licht der Welt erblickte, gab sie als einziges Motiv der beantragten Heeresverstärkung die Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse an, die sich durch die Ereignisse auf dem Balkan vollzogen hatte.

Von der Behauptung, die deutsche Wehrvorlage habe den Gegenschlag gegen die französische gebildet, ist also das Gegenteil richtig, wenn man die Tatsachen sprechen läßt und nicht „natürliche" Vermutungen.

Doch Lensch's „Vermutungen" in betreff der russischen Politik vermögen noch einen kühneren Schwung zu nehmen.

Auf Seite 35 schreibt er:

„Soweit dieser Krieg überhaupt von Menschen gewollt und planmäßig herbeigeführt wurde, so ist er von der russischen Diplomatie planmäßig herbeigeführt worden."

Diese Behauptung ist nicht neu, von überraschender Neuheit sind aber die Enthüllungen über die Absichten, die jene Diplomatie dabei verfolgt.

„Aus diesem Zirkel (der Rußland der Revolution zutreibt) sich zu befreien, ist der Weltkrieg ein letzter Versuch. Der Zarismus weiß sehr wohl, daß jedes Jahr friedlicher Entwickelung der wirtschaftlichen Produktionskräfte Rußlands ihn dem Zusammenbruche näherbringt. Krieg aber heißt Störung dieser Entwickelung, und ein verlorener Krieg nun gar heißt wirtschaftliches Zurückwerfen des Landes um Jahrzehnte, Entfachung des Nationalismus und der Revanchepolitik (in Frankreich, wie wir gesehen haben, nach Lensch das gerade Gegenteil K.), also gerade das, was der Zarismus braucht. Nach einem verlorenen Krieg kann man hoffen, durch Erklärung des Staatsbankerotts all die unermeßlichen russischen Schulden mit einem Schlage los zu werden." (Seite 34.)

Das sind also die Zwecke, für die der Krieg von der russischen Diplomatie „planmäßig herbeigeführt wurde". Nicht Ländererwerb, nicht den Einfluß auf dem Balkan, nicht Konstantinopel will der Zar haben, sondern heillose Prügel. „Gerade das ist es, was der Zarismus braucht", was er mit aller Macht anstrebt, um sich zu retten. Das erscheint zwar sinnlos, aber Lensch weiß das besser.

Man könnte die Liste der schnurrigen Einfälle, mit denen Lensch unsere Einsicht in das Wesen des Weltkrieges vertieft, noch ansehnlich erweitern, aber das Gesagte genügt wohl, uns erkennen zu lassen, welch wissenschaftlicher Gewinn bei dieser Art, „umzulernen" für uns herauskommt. Ich bin „parteigenössischer Starrkopf" genug, bei dem zu bleiben, was ich vor dem Krieg gelernt habe.

Ganz anderer Art ist Cunows Schrift. Man begeht ein großes Unrecht gegen Cunow, wenn man sie mit der Lenschschen in den gleichen Topf wirft.

(Schluß folgt.)

Die amerikanischen Arbeiter während des Krieges.

Von **Hermann Schlüter.** (Schluß.)

Abgesehen von diesen und ähnlichen Gerichtsentscheidungen ist auch sonst noch das Unternehmertum eifrig bemüht, die günstigen Zeiten auszunutzen. Besonders in den gesetzgebenden Körperschaften sucht es Heu zu machen, so lange die Sonne scheint. In der Legislatur des Staates New York und anderswo ist man tätig daran, das erst im vorigen Jahre in Kraft getretene Unfallentschädigungsgesetz — das freilich den Ansprüchen der Arbeiter bei weitem nicht genügen kann — derart zu verschlechtern, daß es völlig seinen geringen Wert verliert. In anderen Staaten treffen wir die Gesetzgeber bei derselben Arbeit. In Arizona hat man ein Gesetz geschaffen, die sogenannte „Arizona Alien Law", das sich gegen die eingewanderten Arbeiter richtet. Dieses Gesetz — das übrigens durch Volksabstimmung gutgeheißen wurde — bestimmt, daß jeder Unternehmer, der mehr als fünf Arbeiter — männlich oder weiblich — beschäftigt, bei Strafe von Gefängnis oder Geld gehalten sein soll, daß 80 Prozent der beschäftigten Arbeiter geborene Amerikaner oder Bürger dieses Landes sein müssen. Auf Grund von Staatsverträgen, gegen welche dieses Gesetz verstößt, haben die Regierungen von Großbritannien, Italien und Japan dagegen Protest erhoben und auf Grund einer Klage, die von italienischen, japanischen und chinesischen Bewohnern Arizonas im Distriktbundesgericht in Kalifornien erhoben wurde, ist es vorläufig als konstitutionswidrig erklärt worden. Doch läßt sich noch nicht absehen, was daraus wird.

Auch sonst nutzt das Unternehmertum unseres Landes die Situation für sich aus.

In Colorado ging der Streik der Kohlengräber nach beinahe einjähriger Dauer für die Arbeiter verloren. Es ist das jener Streik, in welchem die Unternehmer Panzerautomobile und Panzerlokomotiven, die mit Bewaffneten besetzt waren, gegen die Streikenden schickten, in welchem Zeltstädte der Streikenden niedergebrannt wurden, wobei in einem Falle ein Dutzend Frauen und Kinder der Streikenden, die sich vor den Kugeln der bewaffneten Wächter der Kohlenbarone in ein Erdloch geflüchtet hatten, bei lebendigem Leibe verbrannten. Streikende und benachbarte Bergleute griffen offen zu den Waffen, um sich und ihre Frauen und Kinder vor dem Aeußersten zu schützen. Umsonst! John D. Rockefeller, der reichste Mann der Welt, besitzt die Kohlengruben Colorados, und sein Geld, seine Rücksichtslosigkeit und sein Einfluß siegten über die Streikenden, über die öffentliche Meinung, die sich großenteils gegen ihn gewandt hatte, und über die Bundesregierung,